

Zeitschrift: Tec21
Herausgeber: Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein
Band: 128 (2002)
Heft: 25: Balkan: Stadtentwicklung

Artikel: Endstation Tirana: die Binnenwanderung verändert die albanische Hauptstadt
Autor: Ernst, Andreas / Weidmann, Ruedi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-80443>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

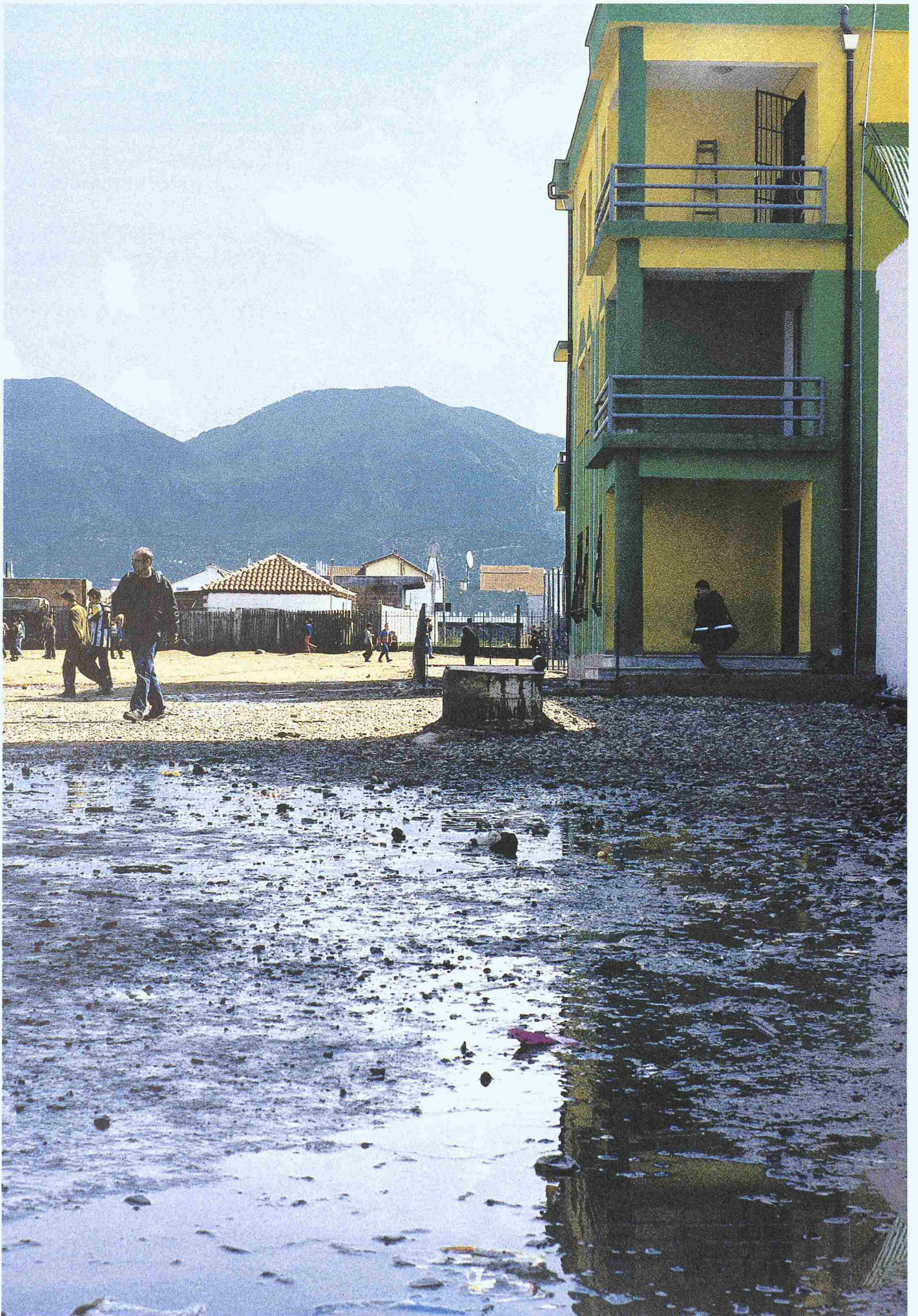
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Endstation Tirana

Die Binnenwanderung verändert die albanische Hauptstadt

Während sich die nordalbanischen Gebirgstäler entvölkern, ist die Hauptstadt Tirana mit einem dramatischen Anstieg der Bevölkerung konfrontiert. Die Reaktion der städtischen Behörden auf den steigenden Siedlungsdruck und den ungebremsen Landverschleiss ist weder koordiniert noch einheitlich: Laisser-faire in den wild bewohnten Industriebrachen, polizeiliche Räumung im Stadtzentrum und im Wachstumsgebiet der Vorstädte der zaghafte Versuch, mit der Regelung der Besitzverhältnisse und Infrastrukturprobleme auch die Abgabepflicht für die Siedler durchzusetzen. Dabei spielen Nichtregierungsorganisationen eine wichtige Mittlerrolle.

So viel ist klar: Im Nationalen Institut für Urbanistik in Tirana wird schon lange keine Stadtplanung mehr gemacht. Die Direktorin versucht nicht einmal den Anschein zu erwecken. Im karg eingerichteten Büro, vor einer veralteten Stadtkarte räumt sie offenherzig ein, dass seit dem Ende der kommunistischen Herrschaft kein Versuch mehr unternommen worden sei, die Stadtentwicklung Tiranas zu planen. Ihre Mitarbeiter versuchen im besten Fall, den rasanten Wandel auf ihren Plänen nachzuzeichnen. Aus den Planern sind Kartographen geworden. 1990, beim letzten Versuch, Stadtplanung zu betreiben, war man davon ausgegangen, dass sich die Zahl von 250 000 Einwohnern in fünfzehn Jahren verdoppeln würde. Bereits zehn Jahre später hat sie sich auf 700 000 Einwohner fast verdreifacht und wächst jährlich um sieben Prozent weiter.

Es sind vor allem Neusiedler aus dem wilden und rückständigen Norden Albaniens, die ihr Glück in der Hauptstadt versuchen. Durchaus rational kalkulierend: Denn so unsicher ein Fortkommen hier ist, so gewiss ist die Aussichtslosigkeit des wirtschaftlichen Aufschwungs in den gebirgigen Agrargebieten. In Tirana haben sich Tausende von Siedlern in den Industriebrachen der zerfallenden Kommandowirtschaft eingenistet. Sie halten sich durch Gelegenheitsarbeit, Tauschhandel und Kleinkriminalität über Wasser. «Diese Leute sind nicht unser Problem», sagt die Planerin. «Sie sind ein soziales Problem. Dafür ist die Stadt zuständig.»

Ordnungsversuch im Stadtzentrum

Der Bevölkerungsdruck ist nicht nur an der Peripherie spürbar. Auch im Stadtzentrum begannen unzählige Kioske die spärlichen Grünflächen zu überwuchern. Einige entwickelten sich zu Cafés, Restaurants und Hotels weiter, ohne dass je um eine Baubewilligung nachgesucht worden wäre. Doch im vergangenen Som-

1

Pausenplatz in Kamza. Das neue Schulhaus ist ein Lichtblick für den Vorort Tiranas, in dem 60 000 Siedler praktisch ohne Infrastruktur leben. Sie sind, wie rund eine halbe Million andere, in den letzten zehn Jahren aus dem gebirgigen Norden Albaniens zugewandert und haben am Rand von Tirana Land besetzt und Häuser gebaut





2

«Ein regelmässiges Steinmüerchen umfasst einen gepflegten Gemüsegarten.» In der ehemaligen Traktorenfabrik von Tirana haben sich etwa 300 Familien aus dem verarmten gebirgigen Norden Albaniens niedergelassen

3

«Unheimlicher Mikrokosmos»: Die Wohnungen werden in die ausgeschlachteten, zerfallenden Fabrikhallen hinein gebaut

4

«Ärmliche Backsteinhütten und traurige Betonskelette stehen neben weiss verputzten Eigenheimen, deren schmiedeeiserner Zierrat wie eine Hommage an Einfamilienhäuser im Schweizer Mittelland wirkt.» Rund eine halbe Million Landbewohner haben sich in den letzten zehn Jahren in Tirana niedergelassen

mer meldete sich plötzlich der Staat zurück. Der Staat ist in Tirana Edi Rama: ein junger, initiativer und exzentrischer Bürgermeister. Ungeachtet der Morddrohungen und unter dem Applaus des erleichterten und schadenfrohen Publikums machte der frühere Kunstmaler Rama kurzen Prozess und liess die illegalen Bauten einreissen. Die Innenstadt Tiranas erstrahlt heute in neuem Glanz. Die Parks werden bepflanzt und gepflegt und ganze Strassenzüge einer farbenfrohen Fassadenrenovation unterzogen. «Politik», pflegt Rama ausländischen Journalisten zu sagen, «vor allem städtische Politik, ist in Albanien Konzeptkunst auf ihrer höchsten Stufe».

Rama ist zweifellos ein Künstler mit Gestaltungswillen – aber er ist kein Zauberer. So bleibt es jenseits seiner Macht, Hand an die vierzehnstöckigen Hochhäuser zu legen, die von ehemaligen Ministern illegal hochgezogen, die feingliedrige Skyline um den Hauptplatz zerstören. Hier ist einfach zuviel Geld im Spiel: Die Baukosten betragen pro Quadratmeter 340 Franken, der Verkaufspreis das Fünffache.

Wohnen in der Traktorenfabrik

Ramas Macht wird aber nicht nur im Stadtzentrum Tiranas angefochten. Sie endet auch vor den Toren der alten Traktorenfabrik am östlichen Stadtrand, in der sich in den letzten Jahren etwa 300 Familien niedergelassen haben. Bis Ende der 1980er-Jahre hatten hier 6000 Arbeiter chinesische Traktoren montiert und ihr

Auskommen gefunden. Jetzt sind die Werkhallen hinter dem riesigen Eisenzaun eingestürzt, abgetragen oder umgebaut worden. Hinter den bestehenden Fassaden haben die neuen Bewohner Mauern hochgezogen und Wohnraum geschaffen.

Im Halbdunkel der schuttübersäten Hallen, wo nach einem Wolkenbruch das Regenwasser durch rostige Röhren gurgelt und an den Wänden herunterrieselt, fühlt man sich in eine Filmszene Tarkowskis versetzt. Doch gleich um die nächste Ecke überrascht ein Idyll. Ein regelmässiges Steinmäuerchen umfasst einen gepflegten Gemüsegarten. An der Hausmauer wächst eine Reihe fachmännisch gestutzter Weinstöcke. Wäsche flattert an der Stange, und eine kleine Katze sonnt sich auf den Stufen, die zur Eingangstür der Wohnung führen. In den drei Zimmern wohnt eine vierköpfige Familie. Vater und Mutter arbeiteten bis vor fünf Jahren als Minenarbeiter und Landarbeiterin in der Nähe von Shkodra. Als das Bergwerk aufgegeben wurde, wanderten sie nach Tirana, wie viele aus ihrem Tal, das sich langsam entvölkert. Der ältere Sohn arbeitet in Griechenland und ist zum Haupternährer der Familie geworden. Der jüngere Sohn, der sich, anders als die Eltern, über den Besuch nicht zu freuen scheint,

5

Kamza bei Tirana. Allein in diesem Vorort leben 60 000 Leute ohne Strassen und Abwasserleitungen. Ein Teil der Siedler treibt auf kleinen Parzellen eine wenig produktive Landwirtschaft

6

Die wenigen Strassen in Kamza wurden mit Hilfe des «Coplan Center for Habitat Development» geplant und von den Bewohnern gebaut. Die Siedlerfamilien dazu zu bringen, von ihren Grundstücken Strassenraum abzugeben und einen kleinen finanziellen Beitrag zu leisten, ist dabei die grösste Arbeit

7

Siedlungsrand von Kamza. Staat und Gemeinden fehlen Geld und technische Infrastruktur zur Organisation der Abfallentsorgung und für die Kontrolle und Verrechnung der Stromverteilung





ist ohne Beschäftigung. Ob sie keine Angst hätten, von hier vertrieben zu werden? «Nein, wohin sollten wir denn auch gehen?» Vor den Wahlen sei ein Abgeordneter der Sozialisten vorbeigekommen und habe versprochen, dass alle bleiben könnten, wenn er gewählt würde. Er wurde gewählt, und die Leute sind geblieben. «Ein Beispiel für einen ehrlichen Politiker», flüstert die Dolmetscherin mit Schalk in den Augen. Sie seien auch bereit, fährt der ehemalige Minenarbeiter fort, den Strom zu bezahlen, den sie von der öffentlichen Leitung abzupften. «Aber es kommt ja keiner, um die Gebühren einzuziehen.»

Die Traktorenfabrik wird nicht nur von Landflüchtlingen, sondern auch von verarmten Städtern bewohnt. Es ist eine sehr heterogene Gesellschaft, die hier gestrandet ist – auch mit Blick auf das Ausbauniveau der Wohngelegenheiten. Wie sich die Leute organisieren, bleibt den nachmittäglichen Besuchern verborgen. Es ist die Rede von einem ehemaligen Fabrikwächter, der Wohnraum gegen Entgelt zuweise. Einer behauptet sogar, dass der Landbesitzer aus vorkommunistischer Zeit Plätze vermiete und sich den Staat mit Bestechung vom Leib halte. Immerhin wird am Rand der Siedlung eine Schule für 6- bis 14-jährige Kinder betrieben. Und in einer umgebauten Garage hat ein Arzt täglich während einiger Stunden Sprechstunden.

Die Stadt als ländliches Labyrinth

In ungleich grösserer Dimension als im unheimlichen und faszinierenden Mikrokosmos der Traktorenfabrik werden die Folgen der albanischen Binnenmigration in Kamza, einem nordwestlichen Vorort Tiranas, sichtbar. Kamza liegt auf fruchtbarem Landwirtschaftsgebiet, das unter dem alten Regime arrondiert und mit Bewässerungsanlagen versehen wurde. Auf der staatlichen Farm «Ylli i Kuq» (Roter Stern), einer der grössten und produktivsten des Landes, wurden Ackerbau, Wein- und Gemüsebau sowie Viehzucht betrieben. Zudem hatte die Universität einen Versuchsbetrieb eingerichtet.

Doch 1992 – die erste postkommunistische Regierung war wild entschlossen, die vom Westen geforderten Privatisierungen so schnell wie möglich durchzuführen – wurde die Farm geschlossen. Das Land sollte unter die Angestellten verteilt werden. Was nun folgte, war allerdings kein geordneter Privatisierungsprozess, sondern eine chaotische Landnahme, an der sich nicht nur ehemalige Landarbeiter, sondern ebenso Zuzüger aus dem Norden beteiligten, die zuerst die Versuchsfelder der Universität besetzten und sich dann immer weiter ausbreiteten. Clanchefs aus dem Norden sandten Vertreter nach Kamza, die nach altem Gewohnheitsrecht mit vier Ackersteinen den Anspruch auf das dazwischen liegende Land markierten. So wurden in den vergangenen zehn Jahren mehr als 1700 Hektaren Land in Besitz genommen und überbaut.

Heute leben in Kamza 60 000 Einwohner. Fremde verirren sich augenblicklich im labyrinthischen Wirrwar der staubigen Strässchen und Wege, die zwischen meist ein- oder zweistöckigen Gebäuden scheinbar ziellos verlaufen. Ärmliche Backsteinhütten und traurige Betonske-

lette stehen neben stattlichen weiss verputzten Eigenheimen, deren schmiedeeiserner Zierrat wie eine Hommage an Einfamilienhäuser aus dem Schweizer Mittelland wirkt. Ein Teil der Siedler treibt auf kleinen Parzellen eine wenig produktive Landwirtschaft und verkauft die Lebensmittel auf dem städtischen Markt. Unzählige Handwerksbetriebe und Kleingewerbler gehen in kleinen Schuppen ihrer Arbeit nach. Am besten scheint der Handel mit Baustoffen zu florieren. Denn gebaut wird überall, solange ungewisse Zukunftsperspektiven und ein marodes Bankensystem jede andere Investition riskant erscheinen lassen. Aber auch in Kamza ist die Hauptquelle des Einkommens die Arbeit von Familienangehörigen im Ausland.

Vermittler zwischen Staat und Siedlern

Als die Regierung 1995 Polizisten schickte, um Siedler vom Land zu weisen, das für den Bau einer Schule vorgesehen war, scheiterte sie kläglich. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht von der drohenden Vertreibung. Gewehre wurden hervorgeholt, es kam zu Schiessereien, und die Staatsmacht zog unverrichteter Dinge wieder ab. «Eigentlich wussten alle, dass sich das Problem Kamza so nicht lösen lässt», sagt Flamur Kuci, ein Architekt, der für das holländische «Coplan Center for Habitat Development» arbeitet. «Die Siedler haben hier gesamthaft etwa 110 Millionen Dollar investiert; das Jahresbudget der Gemeinde

Coplan Center for Habitat Development

Das *Co-Plan Center for Habitat Development* ist eine in Albanien tätige, vorwiegend aus niederländischen Quellen finanzierte NGO. Seit 1997 fördert sie mit zahlreichen Projekten die Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung in verschiedenen Regionen und Städten des Landes. Nach eigener Aussage verfolgt sie dabei einen «partizipativen, auf die lokale Gemeinschaft abgestützten Ansatz, der eine nachhaltige Verbesserung der Siedlungsentwicklung mit der Stärkung der örtlichen Bürgergesellschaft verbindet». Grosser Wert wird auf die Zusammenarbeit mit lokalen Behörden und NGO gelegt. Co-Plan stützt sich auf albanische und internationale Mitarbeiter, die aus verschiedenen Berufsfeldern rekrutiert werden: Stadtplanung, Ingenieurwesen, öffentliche Verwaltung sowie Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Der wichtigste Geldgeber ist die niederländische *Cordaid* (Catholic Organization for Relief and Development Aid). Für weitere Informationen empfiehlt sich die ausführliche Website von Co-Plan: www.coplan.alb-net.net

beträgt dagegen 110 000 Dollar. Die Gewichte sind klar verteilt.»

Der schwache und korrupte Staat ist auch heute kaum in der Lage, als Ordnungsmacht Eigentumsfragen und Infrastrukturprobleme zu lösen. Aber diese müssten angegangen werden, so Kuci, und beide Seiten, die Siedler wie der Staat, müssten ihren Beitrag dazu leisten. Genau darum kümmert sich die holländische NGO. «Der Staat muss lernen, Dienstleistungen zu erbringen, die Bewohner müssen einsehen, dass dies etwas kostet, und dafür bezahlen.» Im Grunde genommen versucht Kuci nichts anderes, als die obrigkeitsstaatliche Tradition der Regierenden und die Sippenolidarität der Siedler aufzuweichen, um eine partnerschaftliche Beziehung zwischen Bürger und Staat zu ermöglichen. Eine Herkulesaufgabe. Aber Kuci ist optimistisch. Er weist auf die ersten Erschliessungsstrassen hin, deren Bau solidarisch von den Anwohnern bezahlt und von der Gemeindeverwaltung durchgeführt wurde. Dann führt er die Besucher ins Gemeindehaus, wo eine Angestellte eine Datenbank erstellt, auf der erstmals die Parzellen zusammen mit den Eigentümern erfasst werden. Finanziert wird die Datenbank aus dem Fonds eines Projekts, das die Effizienz der Lokalverwaltung steigern soll. Während Kuci spricht, sieht man Kinder vor dem Fenster Fussball spielen. Im Tor steht der Bürgermeister der Gemeinde. Kuci lächelt gequält. «Es wird wohl etwas dauern. Aber eines Tages kommt der Fortschritt auch nach Kamza.»

Andreas Ernst lebt in Belgrad und arbeitet als Südosteuropa-Korrespondent der «NZZ am Sonntag». ernsta@eunet.yu

8. Holcim

Betontagung

4. September 2002

ETH-Hönggerberg,
Zürich

Selbstverdichtender Beton – Innovationspotenzial für den Betonbau

Selbstverdichtender Beton (Self compacting concrete, SCC) ermöglicht bedeutende Verbesserungen im Betonbau. Er eröffnet Neuerungen in konstruktiver Hinsicht, vor allem aber lassen sich durch den Wegfall des Vibrierens beträchtliche Kosteneinsparungen erzielen, Arbeitsabläufe vereinfachen und lästige Einwirkungen auf die Umwelt eliminieren.

Die Holcim (Schweiz) AG steckt sich mit der diesjährigen Betontagung an der ETH-Hönggerberg in Zürich das Ziel, die Fachwelt in

umfassender Weise mit dem Potenzial des selbstverdichtenden Betons bekannt zu machen. Erfahrene nationale und internationale Referenten aus Praxis und Wissenschaft werden auf alle wesentlichen Aspekte der Planung, der Herstellung, des Betonierens und des Nachbehandelns von SCC eingehen und aufzeigen, wie damit Kosten für alle am Bau Beteiligten reduziert werden können.

Anmeldekarten zur Tagung können Anfang Juli 2002 bei Holcim (Schweiz) AG, Zementmarketing, bezogen werden.

Reservieren Sie sich schon heute den 4. September 2002.



Holcim (Schweiz) AG
Zementmarketing
Hagenholzstrasse 83
CH-8050 Zürich
Tel. +41 (0)58 850 62 15
Fax +41 (0)58 850 62 16
zementmarketing-ch@holcim.com
www.holcim.ch